



Landtag Nordrhein-Westfalen

Marc Ratajczak MdL

Hans-Dieter Clauser MdL

Dr. Wilhelm Droste MdL

Harald Giebels MdL

Landtag NRW Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Vorstands der Bayer AG
Werner Wenning

51368 Leverkusen

Düsseldorf, 01.10.2009

CO-Pipeline

Sehr geehrter Herr Wenning,

in zahlreichen Presseberichten beklagen Sie sich über eine Ihrer Ansicht nach wachsende Industriefeindlichkeit und fordern angesichts der Auseinandersetzungen über die CO-Pipeline Verlässlichkeit für die Industrie.

Auf einige Passagen der Presseartikel möchten wir näher eingehen:

- Das Unternehmen müsse bei den Anwohnern entlang der Pipelinetrasse stark um Akzeptanz kämpfen
- Relativ kleine, lokale Gruppen und Kommunalpolitiker schüren Ängste
- Ein Scheitern der Pipeline könne das Vertrauen in den Industriestandort NRW beschädigen
- Wir tun alles Menschenmögliche, um die Sicherheit der Pipeline zu gewährleisten

In allen genannten Punkten können wir Ihre Haltung nicht nachvollziehen und widersprechen zugleich energisch.

Tatsache ist, dass Tochterunternehmen Ihres Konzerns und letztlich die Bayer AG selbst dafür verantwortlich sind, dass die Anwohner entlang der Trasse der Pipeline

die CO-Leitung nicht akzeptieren und niemals akzeptieren werden. Ein Grund für die Nicht-Akzeptanz der im Volksmund "Giftgaspipeline" genannten CO-Leitung liegt unter anderem in unterlassenen Informationen sowie zu spät eingesetzter und aus der Sicht vieler Betroffener für einen Weltkonzern wie Bayer unprofessionell wirkender Kommunikation.

Trotz des erkennbaren Widerstandes in der Bevölkerung und der Politik fehlte jegliches Entgegenkommen, konstruktive Lösungsvorschläge zu untersuchen. Mit dem Wissen um beauftragte Gutachter handelte man bisher scheinbar nach der Devise "Augen zu und durch!". Die Unterzeichner haben immer wieder Anstrengungen unternommen, die Sorgen, Ängste und Nöte der betroffenen Menschen deutlich zu machen und nach Alternativlösungen zu suchen.

Ihre vorbenannten Äußerungen lassen vermuten, dass Sie nicht in ausreichendem Umfang über den Sachverhalt informiert worden sind.

Ihre Behauptung, dass nur kleine lokale Gruppen und Kommunalpolitiker besorgt seien, unterstreicht diese Vermutung und ist ebenso falsch. Nicht nur alle Bürgermeister der zehn Städte des Kreises Mettmann, der Landrat des Kreises Mettmann sowie alle Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Mettmann stehen ihrer falschen Behauptung entgegen, sondern darüber hinaus inzwischen rund 103.000 Bürger, die mit ihrer Unterschrift ihre Ablehnung der CO-Leitung dokumentiert haben. Mit Blick darauf, dass sich die Beschäftigtenzahl ihres Konzerns im zurückliegenden 10-Jahres-Zeitraum von rund 165.000 auf ca. 108.000 verringert hat, kann festgehalten werden, dass zum jetzigen Zeitpunkt bereits annähernd so viele Menschen gegen die CO-Leitung unterschrieben haben, wie ihr Konzern Mitarbeiter hat. Wir vermuten, Ihr Betriebsrat würde sich - und wir fügen an, zu Recht - darüber beschweren, sollte jemand ihre gesamte Konzernmitarbeiterschaft in Deutschland als kleine lokale Gruppe bezeichnen.

Über diese Protestunterschriften hinaus manifestiert sich der Widerstand gegen diese CO-Leitung auch in den von den durch Gebietskörperschaften sowie Privatpersonen anhängig gemachten gerichtlichen Verfahren. Bürger und Politik im Kreis Mett-

mann stehen geschlossen und mit großem Engagement gegen in Betriebnahme dieser CO-Pipeline.

Hieraus Ihrerseits eine Unzuverlässigkeit oder gar Industrie feindlichkeit zu folgern, ist nicht redlich. Der Kreis Mettmann ist ein in der Region und darüber hinaus angesehener Standort für Wirtschaft und Industrie. Insbesondere die politischen Vertreter aus dem Kreis Mettmann stehen hierzu. Dies findet zum Beispiel Ausdruck in dem einstimmig gefassten Beschluss des Parteitags des CDU Kreisverbandes Mettmann vom 22. Oktober 2007.

Nicht die Menschen und insbesondere Politiker aus dem Kreis Mettmann beschädigen den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen sondern das mehr als kritikwürdige Vorgehen Ihres Konzerns.

Das verwaltungsgerichtlich festgestellt fehlerhafte Bebauungsplan- und Genehmigungsverfahren für das Kraftwerk in Datteln eignet sich bei näherer Betrachtung nicht für eine Verbindung mit der öffentlichen Diskussion über die Sinnhaftigkeit und Gefährdung der Bevölkerung durch die CO-Leitung. Während das Kraftwerk in Datteln einen wesentlichen Baustein in der Energieversorgung in Deutschland darstellt und für die unmittelbaren Anlieger auch keine tödlichen Gefahren in sich birgt, enthält das Projekt CO-Pipeline tödliche und nach ihrer eigenen Aussage nicht vollständig beherrschbare Risiken für die Anrainer. Auch konnte der Nachweis des Gemeinwohls der CO-Pipeline nicht erbracht werden.

Das singuläre Einfordern von Verlässlichkeit für die Industrie unter Negierung der berechtigten Sorgen der Menschen dürfte wohl kaum mit der eigenen Philosophie des Bayer-Konzerns vereinbar sein. Diese Forderung nach Verlässlichkeit befremdet doch sehr, da gerade Bayer vielfach und wiederholt nachweislich mit Wissen und Willen gegen Auflagen des Planfeststellungsbeschlusses verstoßen hat.

Als Beispiel hier seien beispielhaft genannt:

- Bauausführung trotz fehlender Kampfmittelfreigabe
- zahlreiche Verstöße gegen den umfangreichen Planfeststellungsbeschluss
- Lageverschiebung der Trasse in Teilbereichen

- Verwendung von Rohren mit reduzierter Rohrwandstärke
- Einsatz einer Geogridmatte mit reduzierter Breite
- umfangreiche, ergänzende Planfeststellung ohne öffentliche Beteiligung
- Jahre nach Projekt- und Baubeginn ist der Alarm- und Gefahrenabwehrplan immer noch nicht genehmigt

Sehr geehrter Herr Wenning,

wer verlässliche Rahmenbedingungen fordert, sollte sich erst einmal an die rechtlichen Rahmenbedingungen halten. Die Sicherheit der von Industrieanlagen betroffenen Menschen darf nicht geopfert werden. Zahlreiche Ausführungsmängel haben das Vertrauen der Menschen in dieses Projekt dauerhaft zerstört. Da reicht es nicht, stenotyp zu behaupten, die Pipeline habe den weltweit höchsten Sicherheitsstandard. Sie wissen, dass die rechtlichen Vorgaben für derartige Pipelines in anderen Ländern höher sind als in Deutschland.

Die Menschen und insbesondere Anwohner können Sie mit solchen Phrasen nicht überzeugen - und augenscheinlich die Gerichte auch nicht. Wir fordern Sie auf: Nehmen Sie die Menschen ernst! Beenden Sie sofort das Projekt CO-Pipeline. Tödlich giftiges Gas, wie CO, muss am Entstehungsort verarbeitet werden - in keinem Fall gehört es in eine Leitung, die durch Wohngebiete, Schulgelände und Kindertagesstätten geführt wird.

Wenn Sie wirklich die Arbeitsplätze in Dormagen und Uerdingen erhalten wollen, dann müssen Sie die technischen Anlagen an diesen Standorten für die Herausforderungen der Zukunft ertüchtigen, so dass an beiden Standorten separat das dort jeweils entstehende CO unmittelbar verarbeitet werden kann.

Wir sind unverändert zu einem Dialog bereit und erneuern hiermit unser Gesprächsangebot.

Mit Blick darauf, dass dieses Schreiben die Erwiderung auf Ihr öffentliches Vorbringen ist, stellen auch wir es den Medien zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

The image shows four handwritten signatures in black ink. From left to right: 'H.-D. Clauser' in a cursive style; 'Wilhelm Droste' in a more formal cursive; 'H. Giebels' in a bold, blocky cursive; and 'Marc Ratajczak' in a cursive style with a light blue background behind the signature.

Hans-Dieter
Clauser MdL

Dr. Wilhelm
Droste MdL

Harald
Giebels MdL

Marc
Ratajczak MdL